

Antimilitaristische Konzeption und Friedensbestrebungen der II. Internationale

1. Die Gründung der II. Internationale

Am 27. September 1900 wies Rosa Luxemburg auf dem Pariser Kongreß der II. Internationale darauf hin, daß der Protest gegen den Militarismus auf internationalen Kongressen der Arbeiterbewegung nichts Neues sei, denn „in seinem richtigen Instinkt hat das Proletariat von jeher empfunden, daß es im Militarismus den Todfeind aller Kultur zu erblicken hat“.¹ In der Tat, seit den Tagen der Internationalen Arbeiterassoziation wie seit der Begründung der II. Internationale 1889 verstand sich die revolutionäre internationale Arbeiterbewegung in ihrem Kampf um Sozialismus zugleich als engagierte Friedensbewegung.

Als am 14. Juli 1889, auf den Tag genau einhundert Jahre nach dem historischen Bastille-Sturm und knapp fünfundzwanzig Jahre nach dem Gründungsmeeting der Internationalen Arbeiterassoziation in der Londoner St. Martin's Hall, der Internationale Arbeiterkongreß der vereinigten Sozialisten in Paris zusammentrat, prägte dieser Zusammenklang des Kampfes um Sozialismus und Frieden bereits die Eröffnungssitzung. Dies drückte sich nicht nur in der Wahl von Édouard Vaillant und Wilhelm Liebknecht zu gemeinsamen Vorsitzenden des Kongresses aus, um den Gegensatz zwischen dem Bruderbund der deutschen und französischen Sozialisten und der Kriegspolitik der Regierungen und herrschenden Klassen ihrer beiden Länder zu demonstrieren, sondern wurde als allgemeine Aufgabe des Kongresses formuliert. „Im Angesicht der freiheitmörderischen und kriegerischen Vorbereitungen der Könige und der herrschenden Klassen haben wir die Notwendigkeit des internationalen Friedens zu betonen, unsern Willen, diesen Frieden aufrecht zu erhalten, und an die Stelle des Militarismus, an die Stelle der Politik des Beutemachens zu setzen die demokratische Verteidigungspolitik von Völkern...“², erklärte Vaillant zu Beginn der Kongreßdebatten und bettete sie so von Anfang an in die zentralen Zielstellungen des Kongresses, der Erkämpfung des internationalen Arbeiterschutzes und der Bekräftigung seiner sozialistischen Orientierung ein. Wilhelm Liebknecht folgte diesen Überlegungen und hob hervor, daß gerade der die Kongreßdelegierten vereinigende Gedanke der proletarischen Emanzipation und der internationalen Solidarität

„diesem Parlament der Arbeiter die Bedeutung eines großartigen Friedenswerks, einer epochenmachenden Kulturthat“ gibt. „Frei von Nationalvorurteilen, frei von dem selbstsüchtigen Streben, herrschen und ausbeuten zu wollen, wird das Proletariat die Ideale verwirklichen, welche den Helden der großen Revolution, die heute ihren hundertsten Geburtstag feiert, vorgeschwebt haben – die Ideale der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, welche aber mit dem Egoismus der zur Herrschaft gelangten Bourgeoisie im Widerspruch standen, und darum bisher nicht verwirklicht werden konnten.“³

Es hatte großer Anstrengungen der marxistischen Kräfte in der internationalen Arbeiterbewegung und des vollen Einsatzes von Friedrich Engels bedurft, bis dieses „Parlament der Arbeiter“ zusammentreten und Engels erlöst und zufrieden konstatieren konnte: „Unser Kongreß sitzt und ist ein brillanter Erfolg.“⁴ Im Unterschied zu früheren erfolglosen, von subjektivem Wunschdenken, nostalgischen Erinnerungen, aber auch von Sonderinteressen und Vormachtstreben einzelner Richtungen bestimmten Versuchen, die I. Internationale wiederzubeleben, konnte 1889 auf dem „Kongreß der Marxisten“, wie ihn schon die Zeitgenossen – ob Freund oder Feind – apostrophierten, der Grundstein für eine neue Qualität der internationalen Zusammenarbeit und Wirkung der Arbeiterbewegung erreicht werden. Objektive und subjektive Faktoren lagen diesem nunmehr tragfähigen internationalen Zusammenschluß zugrunde.

Die entscheidenden Voraussetzungen bestanden im quantitativen und qualitativen Wachstum der Arbeiterklasse und ihrer Bewegung, das sich im engsten Kontext mit der raschen kapitalistischen Entwicklung der meisten Länder Europas sowie Nordamerikas vollzog. Die volle Entfaltung des Kapitalismus der freien Konkurrenz und der beginnende Übergang zum Monopolkapitalismus, der zu einer beschleunigten und massenhaften Herausbildung und Konzentration des Industrieproletariats in den kapitalistisch entwickelten Ländern führte, die Hinwendung der Unternehmer zu intensiven Ausbeutungsmethoden und zur Kombination von extensiver und intensiver Ausbeutung rückten die Fragen des Arbeiterschutzes, insbesondere die gesetzliche Begrenzung des Arbeitstages, immer stärker in den Vordergrund des politischen und ökonomischen Kampfes der Arbeiterbewegung. Hatte die I. Internationale bereits die Frage der gesetzlichen Beschränkung des Arbeitstages aufgegriffen, so wurden vor allem im Verlaufe der achtziger Jahre von der Arbeiterbewegung vieler Länder ein ganzer Forderungskatalog von Arbeiterschutzmaßnahmen erarbeitet, Kongreßprojekte zu seiner Erörterung entwickelt, verschiedentlich auch realisiert, in Streikämpfen immer wieder auf die Tagesordnung gesetzt, die in den USA in die Massenbewegung im Frühjahr 1886 zur Erkämpfung des Achtstundentages mündeten. Generell war ab Mitte der achtziger Jahre ein Aufschwung der ökonomischen Kämpfe zu verzeichnen. Die internationalen Streikwellen von 1885 bis 1887 und 1889/1890 standen in untrennbarem Zusammenhang mit den immer deutlicher sich artikulierenden Bestrebungen nach gemeinsamer internationaler Manifestation.

Parallel dazu wuchs die Organisiertheit des Proletariats. Der Parteibildungsprozeß setzte sich im internationalen Rahmen erfolgreich fort und gelangte zu stabileren Ergebnissen. Trotz mehrfacher Unterbrechungen und Verfolgungen entstanden in zahlreichen Ländern sozialistische Parteien oder Gruppen, die, wenn auch in unterschiedlichem Maße, die politischen und ökonomischen Grundideen des Marxismus aufgenommen hatten und durch ihren engagierten Kampf an Einfluß in der Arbeiterklasse gewannen. Die Verbreitung marxistischen Gedankenguts und seine Akzeptanz in der internationalen Arbeiterbewegung wuchs im Vergleich zu anderen sozialistischen Lehren beträchtlich an. Die Gewerkschaftsbewegung verzeichnete international beachtliche Fortschritte. In mehreren Ländern entstanden gesamt-nationale Gewerkschaftsverbände, innerhalb der traditionsreichsten Gewerkschaftsbewegung, den englischen Trade Unions, kam es zu neuen Ansätzen. In verschiedenen Ländern erreichte die proletarische Genossenschaftsbewegung zunehmenden Einfluß. Die Arbeiterbewegung in ihren verschiedenen Ausprägungen, in erster Linie aber bedingt durch das Wachstum der sozialistischen Parteien, gewann an politischem Selbstbewußtsein wie an Einfluß auf breite Arbeitermassen und entwickelte sich – wenn auch bei weitem noch nicht durchgängig – zu einer politischen Kraft in ihren Ländern.

In der Kombination dieser objektiven Voraussetzungen und subjektiven Faktoren erhielt das Bedürfnis nach internationaler Manifestation eine reale Grundlage. Es erwuchs vorrangig und unmittelbar aus den Bedingungen und Erfordernissen des ökonomischen und politischen Kampfes. Dazu gehörte vor allem der Kampf um eine internationale Arbeiterschutzgesetzgebung, für Maßnahmen und Aktionen zu deren Durchsetzung. Er entsprach nicht nur den elementaren Lebensinteressen der Arbeiter, sondern diente gleichermaßen der Stärkung der Kampfbereitschaft des Proletariats. Er wurde in diesen Jahren zu dem objektiven Bindeglied, das die existierenden, ihrer Zielstellung und Form nach unterschiedlichen Organisationen der Arbeiter vieler Länder miteinander verknüpfte. Von hier gingen viele Anstöße bis hin zu den Hoffnungen auf einen gemeinsamen Kongreß der vielgestaltigen und differenzierten proletarischen Klassenbewegung aus. Sie fanden ihre Widerspiegelung – um den historischen Rahmen kurz zu skizzieren – in den Resolutionen der von den Possibilisten getragenen internationalen Pariser Konferenz von 1886, in den Überlegungen der Schweizer und belgischen Sozialisten zwischen 1882 und 1886, in den Vorschlägen der Amerikanischen Föderation der Arbeit, in den Plänen der englischen Gewerkschaftsbewegung und ihrem teilweisen Einschwenken auf diese Problematik bis hin zu den Erörterungen des Londoner Gewerkschaftskongresses von 1888, vor allem aber in dem offensiven Einklinken der deutschen Sozialdemokratie in diesen Prozeß 1887 und den Aktivitäten der revolutionären Richtung in der französischen Arbeiterbewegung, des Parti ouvrier und der Blanquisten sowie der unter guesdistischem Einfluß stehenden Gewerkschaftsbewegung.

Es waren vor allem die unterschiedlichen Konzeptionen und Intentionen, die eine Abstimmung erschwerten und eine Übereinkunft schließlich unmöglich machten. Die Hoffnungen auf einen gemeinsamen internationalen Arbeiterkongreß zerschellten zunächst, und zwar nicht an der Nuancierung dieser oder jener Teilforderung, sondern an der qualitativen Einordnung des Kampfes um eine wirksame Arbeiterschutzgesetzgebung in das Aufgaben- und Zielkonzept der verschiedenen Richtungen innerhalb der Arbeiterbewegung, aber auch an persönlichen Ambitionen und Hegemoniebestrebungen der antimarxistischen Richtung. Insofern brachen auch die alten Gegensätze aus der Schlußphase der I. Internationale, die auf dem Haager Kongreß 1872 mit dem Sieg der marxistischen Konzeption im wesentlichen ihren Abschluß gefunden hatten, in modifizierter Form wieder auf, so daß im Juli 1889 zwei internationale Arbeiterkongresse nebeneinander tagten. Die fast zweijährigen langwierigen Kongreßvorbereitungen, die sich auf dem spannungsgeladenen Hintergrund sowohl der Auseinandersetzungen zwischen marxistischen, reformistischen und anarchistischen Kräften um die Grundlagen und Ausprägung eines neuen internationalen Zusammenschlusses als auch der unterschiedlichen Vorstellungen innerhalb der revolutionären Richtung bezüglich der Möglichkeiten eines gemeinsamen Kongresses, seines Ortes und Zeitpunktes abspielten, bilden ein dramatisches Kapitel der Vorgeschichte der II. Internationale. Daß an deren Wiege letztlich die revolutionäre Richtung stand, war, wie wiederholt in der Literatur dargestellt, ganz entscheidend dem Einsatz von Friedrich Engels, vor allem seinem Einwirken auf die deutsche und französische Arbeiterpartei zu danken.⁵

Zu den politischen Erfordernissen, die den Drang nach internationalem Zusammenschluß stimulierten, zählte aber auch angesichts der Zuspitzung internationaler Konflikte die Verständigung der Arbeiterbewegung über ihre Haltung zum Militarismus und ihr notwendiges Vorgehen bei drohender Kriegsgefahr. Die Widersprüche zwischen den europäischen Großmächten, wie sie während der bulgarischen Krise Mitte der achtziger Jahre offen zutage traten, die Kolonialdifferenzen zwischen Deutschland und Spanien 1885 und vor allem das Revanche-Geschrei des französischen Kriegsministers Georges Boulanger einerseits, sowie der verstärkte Kurs auf Militarisierung im deutschen Kaiserreich 1886/87 andererseits hatten insbesondere den Sozialisten der betreffenden Länder nicht nur nachdrücklich die Notwendigkeit einheitlichen Auftretens gegen Militarismus und Kriegsgefahr vor Augen geführt, sondern auch die Möglichkeiten gemeinsamen Handelns auf der Grundlage des proletarischen Internationalismus demonstriert. So war es durchaus logisch, daß die französische Arbeiterpartei, die das Engagement der deutschen Sozialdemokratie für einen internationalen Arbeiterkongreß nachdrücklich begrüßte, eine Erweiterung der Tagesordnung über den Arbeiterschutz hinaus ins Auge faßte. In ihrer Grußbotschaft an den St. Gallener Parteikongreß hieß es: „In der Tat kann nur durch die Annäherung und Verständigung der organisierten Parteien der Arbeiterwelt die not-

wendige Abrüstung erlangt und der Grund zu einer planmäßigen und erfolgversprechenden Aktion zur Herbeiführung der internationalen Arbeiterschutzgesetzgebung gelegt werden.“⁶

Bereits im Vorfeld des Gründungskongresses der II. Internationale spielten daher die Fragen des Kampfes gegen Militarismus und Kriegspolitik eine Rolle, auch wenn sie durch die inhaltlich im Vordergrund stehende Problematik der Arbeiterschutzgesetzgebung überlagert scheinen. Darauf verweist nicht nur das zitierte Grußschreiben, sondern dies geht auch in Ansätzen aus dem Briefwechsel zwischen den deutschen und französischen Sozialisten, so Paul Lafargues und Édouard Vaillants mit Wilhelm Liebknecht hervor. Die schon im Herbst 1888 getroffene Feststellung des Redakteurs des illegalen Parteiorgans der deutschen Sozialdemokratie, Eduard Bernstein, während der Debatten um den Kongreßort, daß „als *Friedensdemonstration* der Pariser Kongreß entschieden imposanter wirken“⁷ würde, deutete gleichermaßen auf diesen Aufgabenteil des bevorstehenden internationalen Kongresses hin. Diese Akzentuierung verstärkte sich in den Monaten der unmittelbaren Kongreßvorbereitung. Auf öffentlichen Volksversammlungen, die unter den Bedingungen des Sozialistengesetzes in Deutschland zur Wahl der Delegierten genutzt wurden, kam es neben der Zustimmung zur vorgesehenen Tagesordnung zu Ergänzungsvorschlägen, die auf die Behandlung der Abrüstungsfrage, die Einführung der allgemeinen Volkswehr und die Bekräftigung der internationalen Solidarität zielten.⁸ Der „Sozialdemokrat“ umriß diese zweite große Aufgabe des internationalen Arbeiterkongresses klar und deutlich, wenn er hervorhob, daß dieser zu einem gewaltigen Protest gegen die herrschende Reaktion mit ihrer Völker- und Rassenverhetzung genutzt werden müsse und daß gerade die deutschen und französischen Arbeiter angesichts der Politik ihrer herrschenden Klassen beweisen müssen, daß sie einig sind und „in dem Chauvinismus, Militarismus und Kapitalismus den gemeinsamen Feind erblicken...“.⁹

Friedrich Engels, der bereits in einer frühen Phase der Kongreßvorbereitung die deutsche Sozialdemokratie darauf aufmerksam gemacht hatte, daß ein von ihr einberufener oder mitgetragener Kongreß auf eine klare Ausprägung seines sozialistischen Charakters Wert legen müsse und der den führenden Vertretern des Parti ouvrier, insbesondere Paul Lafargue, immer wieder die eindeutige Abgrenzung von den chauvinistischen Ambitionen der boulangistischen Bewegung abgefordert hatte, war zweifellos einverstanden mit den Überlegungen, den internationalen Arbeiterkongreß als sozialistische Friedensdemonstration gegen die Kriegspolitik der europäischen Großmächte zu nutzen. Er hatte ja wie kein anderer in der internationalen Arbeiterbewegung in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre den Gesamtkomplex der internationalen Beziehungen verfolgt und auf die drohende Weltkriegsgefahr aufmerksam gemacht. Erinnert sei nur an seinen Artikel „Die politische Lage Europas“ aus dem Jahre 1886, an seinen Brief an das Organisationskomitee des internationa-

len Festes in Paris vom März 1887 und an die unzähligen brieflichen Erörterungen, die er zu dieser Thematik insbesondere den deutschen und französischen Sozialisten in diesen Jahren zukommen ließ.

Engels unterstützte daher die Vorstellungen der französischen Kongreßorganisatoren, den wichtigen Punkt der Haltung der Arbeiterbewegung zu den stehenden Heeren in die Tagesordnung aufzunehmen. Offensichtlich auf eine Anfrage von Paul Lafargue eingehend, schrieb er am 28. Juni 1889, d. h. zwei Wochen vor der Kongreßeröffnung, an Laura Lafargue: „Wenn ich Zeit habe, werde ich Paul einige Zeilen zur Frage der nationalen Aufrüstung und zur Abschaffung der stehenden Heere schreiben.“¹⁰ Ob und was er geschrieben hat, ob seine Vorstellungen in die entsprechende Kongreßresolution eingegangen sind, ist bislang nicht bekannt. Sie wurde von Édouard Vaillant eingebracht und durch verschiedene deutsche und französische Amendements verändert.

Die Resolution „Abschaffung der stehenden Heere und allgemeine Volksbewaffnung“ wurde einstimmig als *erste* der den Charakter des Kongresses bestimmenden Resolutionen angenommen. Drei positive Kerngedanken verdienen hervorgehoben zu werden, zumal sie die Grundlage für die entsprechenden Resolutionen der folgenden Kongresse der II. Internationale bildeten. Erstens gehört dazu die Forderung, „daß ... die stehenden Heere und die Angriffspolitik, deren Organe sie sind, der Verteidigungspolitik und der friedlichen Demokratie Platz machen müssen“, zweitens die Auffassung, „daß der Krieg, das traurige Produkt der gegenwärtigen ökonomischen Verhältnisse erst verschwinden wird, wenn die kapitalistische Produktionsweise der Emanzipation der Arbeit und dem internationalen Triumph des Sozialismus Platz gemacht hat“, und drittens die Erkenntnis, daß der Frieden „die erste und unerläßliche Bedingung jeder Arbeiteremanzipation“ darstellt.¹¹ Diese drei Aussagen, die auf dem Kongreß von 1889 durch die Reden von Vaillant und Liebknecht, von Victor Jaclard und Adolphe Bouchard untermauert wurden, prägten den Kampf der II. Internationale gegen Militarismus und Kriegsgefahr, für Frieden, Sozialismus und Völkerverständigung von Anfang an. Die Grundorientierung auf einen konsequenten Friedenskampf war damit eindeutig vorgegeben. Sie erwuchs folgerichtig aus den bisher gesammelten Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung und ihrem humanistischen Verständnis, daß Frieden, Arbeiterbewegung und Sozialismus eine Einheit bilden. Damit stand der Internationale Arbeiterkongreß von 1889 ganz und gar in der Tradition der I. Internationale, in deren Gründungsdokument Karl Marx formuliert hatte, daß der Kampf für eine friedliche Außenpolitik eingeschlossen ist „im allgemeinen Kampf für die *Emanzipation der Arbeiterklasse*“¹².

2. Anstöße und Aktionen für einen konzentrierten antimilitaristischen Kampf der internationalen Arbeiterbewegung in den neunziger Jahren

In der Folgezeit verging kein einziger Kongreß der II. Internationale, der nicht den Tagesordnungspunkt „Kampf gegen den Militarismus und drohende Kriegsgefahr“ behandelt oder zumindest zu diesen Problemen Stellung genommen hätte. Zugleich zeichnen sich bei aller allgemeinen Problematik zwischen den Kongressen der neunziger Jahre und denen des beginnenden neuen Jahrhunderts Unterschiede ab, die sowohl den Übergang zur imperialistischen „Weltpolitik“ und sein Verständnis durch die internationale Arbeiterbewegung als auch die sich innerhalb der sozialistischen Bewegung vollziehenden Veränderungen widerspiegeln.

Die Resolutionen des Brüsseler (1891), Züricher (1893) und Londoner Kongresses (1896) sind konzeptionell vorgeprägt von den bereits 1889 formulierten Positionen. Sie weisen aber andererseits angesichts des Rüstungswettlaufs der europäischen Großmächte, der ersten Konturen künftiger Militärblöcke und der heraufziehenden Gefahr eines Weltkrieges wichtige Präzisierungen und Handlungsorientierungen aus. Den Ausgangspunkt bildet jeweils seit Brüssel das allgemein anerkannte Postulat, daß der Militarismus nur überwunden werden kann, wenn ihm seine ökonomische Grundlage entzogen, der Kapitalismus beseitigt und die sozialistische Gesellschaftsordnung errichtet worden ist, daß folglich die internationale Sozialdemokratie die „einzig wirkliche und grundsätzliche Friedenspartei“¹³ darstelle, der sich alle konsequenten Kriegsgegner anschließen sollten. Die Handlungsvorgaben bestanden erstens in der Aufforderung an die Arbeiter, unablässig und energisch gegen alle Kriegsgelüste und denselben dienende Bündnisse zu protestieren und zweitens durch Vollendung der internationalen Organisation des Proletariats den Triumph des Sozialismus zu beschleunigen. In der Realisierung dieser Doppelaufgabe wurde das entscheidende Mittel gesehen, die „furchtbare Katastrophe eines Weltkriegs abzuwenden, dessen unabsehbar verhängnisvolle Folgen die Arbeiterklasse in erster Linie zu tragen hätte“¹⁴.

1893 wurden drittens durch einen mit großer Mehrheit angenommenen Zusatzantrag der belgischen Sozialisten alle parlamentarischen Vertreter der Arbeiterklasse verpflichtet, die Militärkredite abzulehnen, gegen den Militarismus zu protestieren und für die Entwaffnung (Abrüstung) einzutreten. Der Londoner Kongreß faßte dann, von den bekannten allgemeinen Erwägungen ausgehend, die unmittelbaren Forderungen der Arbeiterbewegung in drei Punkten zusammen: 1. Gleichzeitige Abschaffung der stehenden Heere in allen Staaten und Einführung der Volksbewaffnung, 2. Einrichtung eines internationalen Schiedsgerichts, dessen Entscheidung verbindlich sein sollte und 3. endgültige Entscheidung über Krieg und Frieden direkt durch das Volk für den Fall, daß die Regierungen nicht die Entscheidung des Schiedsgerichts annehmen würden.

Der charakteristische Grundtenor der auf konkrete Schritte zielenden antimilitaristischen Konzeption der II. Internationale in den neunziger Jahren war die Forderung nach Abschaffung der stehenden Heere und deren Ersetzung durch die Volksbewaffnung, eine Vorstellung, die durchaus mit dem von Engels in seiner im März 1893 veröffentlichten Artikelserie „Kann Europa abrüsten?“ entwickelten Vorschlag einer schrittweisen Herabsetzung der aktiven Dienstzeit und dem auf einer allgemeinen Volksbewaffnung beruhenden Milizsystem als Ziel korrespondierte.

Es bleibt, die Frage zu beantworten – wenigstens in Ansätzen –, inwieweit diese Intentionen der neunziger Jahre in der internationalen Arbeiterbewegung zu allgemeinen Manifestationen und konkreten Aktionen anregten. Zweifellos steht hier an erster Stelle die Erweiterung des Inhalts des historischen Maifeierbeschlusses von 1889. Es verging nur denbar kurze Zeit, und die zur Erkämpfung des Achtstundentages und zur Durchsetzung weiterer Arbeiterschutzforderungen beschlossene Maifeier entwickelte sich zu einer internationalen Kundgebung des Friedenswillens der Arbeiterklasse, ihres Massenprotestes gegen Rüstungspolitik und Kriegsgefahr. Schon 1891 konnte Wilhelm Liebknecht in seinem Referat auf dem Brüsseler Kongreß konstatieren, daß die Maifeier in Deutschland, Frankreich wie in anderen Ländern auch zu einem Bekenntnis der Arbeiter für Frieden und Völkerverbrüderung geworden sei, während dann die Züricher Mairesolution diese doppelte Aufgabenstellung der Maifeier nachdrücklich festhielt. In den zahlreichen Grußbotschaften, die anlässlich des 1. Mai ausgetauscht wurden, ebenso in den internationalen Maifestschriften spielt diese Akzentuierung eine wachsende Rolle. Als eindrucksvolles Beispiel sei verwiesen auf August Bebels Maigruß an die französischen Sozialisten aus dem Jahre 1893, in dem unter Bezug auf die offiziell geschürte Feindschaft zwischen Deutschland und Frankreich, die zur Brandfackel des Krieges für ganz Europa werden könne, die Aufgaben der deutschen und französischen Arbeiter umrissen wurde, „sich mit allem Nachdruck zu der Solidarität der Interessen beider Völker zu bekennen, laut zu erklären, daß nichts im Stande ist, die Gefühle der Brüderlichkeit zu zerstören, die sie gegenseitig beseelen und daß nichts vermöge, den Wettstreit zu hernen mit dem sie hüben und drüben bestrebt sind die Klassenherrschaft zu vernichten und der gemeinsamen friedlichen Kulturarbeit aller Völker den Weg zu ebnen. Möge der erste Mai diesseits und jenseits der Vogesen millionenstimmig diesem Gedanken Ausdruck geben und damit den unter kapitalistischem und militaristischem Joche seufzenden Völkern Europas zeigen, von wem sie die Erlösung von allen sie bedrückenden Nebeln zu erwarten haben.“¹⁵ Noch prononcierter und zugleich allgemeiner hieß es in derselben Nummer der österreichischen Maifestschrift im Beitrag von Paul Lafargue „Das Fest des Mai“: „Die herrschenden Klassen rüsten sich und verbünden sich, um Europa in ein großes Schlachthaus umzuwandeln, wo mutlos Millionen von Menschen einander mit den furchtbaren Vernichtungswerkzeugen moderner Wissenschaft töten: An diesem Tage aber reichen sich die Arbeiter zweier

Welten die Hände, erklären dem Krieg den Krieg, und geloben, daß sie den Frieden auf Erden errichten werden, sobald sie die Herren ihres Schicksals geworden.“¹⁶

Die Orientierungen der internationalen Sozialistenkongresse schlugen sich zugleich auch in direkten politischen Aktionen verschiedener sozialistischer Parteien nieder, die nicht zuletzt tatkräftige Unterstützung durch Friedrich Engels erhielten. Erinnert sei hier vor allem an das gemeinsame Vorgehen gegen den französischen Chauvinismus in Zusammenhang mit der Millevoye-Affäre 1892¹⁷ und an die von Engels beförderte erste gemeinsame Aktion deutscher und französischer Parlamentarier 1895 zur Umwandlung der stehenden Heere in ein demokratisches Milizsystem. Die Initiative dazu war Ende 1893 von den französischen Sozialisten, von Édouard Vaillant, Jules Guesde, Paul Lafargue u.a. ausgegangen. Sie beabsichtigten, gemeinsam mit den sozialistischen Abgeordneten Deutschlands und Italiens in ihren Parlamenten einen Gesetzentwurf über die Umwandlung des stehenden Heeres in nationale Milizen einzubringen und erwogen eine sozialistische Abrüstungskonferenz. Lafargue hatte sich dessenthalb Ende Dezember 1893 auch an Wilhelm Liebknecht und an italienische Sozialisten gewandt und erhielt für dieses Vorgehen die Ratschläge von Engels. Bebel und Liebknecht stimmten dem Vorschlag zu. Nach Behandlung in der Fraktion brachte diese am 21. Februar 1895 eine entsprechende Resolution im Reichstag ein, die während der Debatte zum Reichshaushaltetat am 2. März 1895 von Wilhelm Liebknecht begründet wurde. Fast zur gleichen Zeit, am 7. März 1895, unterbreiteten die französischen Sozialisten während der Beratungen über das Militärbudget einen die gleichen Forderungen enthaltenden Antrag der Kammer. Das Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie wertete dieses erste abgestimmte gemeinsame Vorgehen sozialistischer Parlamentarier als „ein hochbedeutsames Ereignis, das die Stärke des internationalen Gedankens und die Internationalität und die solidarische Einheit der Politik des Proletariats praktisch bestätigte“¹⁸. Engels' Einsatz bei diesen beiden konkreten Aktionen bestätigt ein weiteres Mal, daß er angesichts des den europäischen Frieden seit 1871 permanent bedrohenden deutsch-französischen Gegensatzes nicht nur seine besondere Aufmerksamkeit dem engen Zusammenwirken der deutschen und französischen Sozialisten schenkte, sondern sich auch aktiv einschaltete.

3. Die II. Internationale als Repräsentant der sozialdemokratischen Alternativvorstellungen zur imperialistischen Weltpolitik

Waren in den neunziger Jahren die skizzierte Konzeption und vorgeschlagenen realen Schritte in der II. Internationale – abgesehen von den schon 1891 und 1893 zurückgewiesenen anarchistischen Vorstellungen von einem internationalen Generalstreik bei Ausbruch eines Krieges – ohne weitere Konflikte wesentlich akzeptiert worden, so deutete sich gegen Ende des Jahrhunderts mit dem Eintritt in die imperialistische

Weltpolitik eine neue Dimension der Problematik an. Bislang hatten wesentlich der deutsch-französische Gegensatz und seine Bewältigung durch die Solidarität der Arbeiter offen oder unterschwellig die Diskussionen bestimmt. Doch ab Ende der neunziger Jahre kündigten die permanent werdenden Auseinandersetzungen zwischen den europäischen Großmächten um Kolonien und Einflußsphären sowie der Eintritt der USA in diesen Kampf ein neues Kapitel außenpolitischer Konflikte und kriegerischer Auseinandersetzungen an. Sie wurden von den verschiedensten Repräsentanten der internationalen Arbeiterbewegung durchaus aufmerksam registriert und veranlaßten zu neuen weitergehenden Überlegungen, die sich auf dem bevorstehenden Internationalen Sozialistenkongreß zu Paris 1900 artikulieren sollten. In Frankreich war es Jean Jaurès, der schon in seinem Vorfeld dazu aufforderte, daß die Arbeiterklasse Europas durch abgestimmte Aktionen ihren Friedenswillen erklären und auf internationalen Meetings in allen europäischen Hauptstädten gegen die kriegerische Unvernunft der Kapitalisten protestieren müsse. Er entwickelte auch bereits an der Jahrhundertwende den Gedanken eines engeren Zusammengehens der proletarischen Bewegung mit Friedensanhängern aus anderen Schichten der Bevölkerung und schlug dem Kongreß – allerdings ohne Erfolg – die Bildung einer Europäischen Friedensliga vor. Sie sollte von den sozialistischen Parteien inspiriert, aber offen für alle Bürger sein, die sich nicht scheuten, gemeinsam mit den Sozialisten für den Frieden einzutreten und den kapitalistischen Appetit zu zügeln. Rosa Luxemburg rang in Vorbereitung auf den Pariser Kongreß, wie sie an Leo Jogiches schrieb, vor allem mit zwei Problemen: „1. mit der Unterscheidung der gegenwärtigen Phase der Weltpolitik von den vorherigen, ... 2. damit, was ich praktisch als Aktion gegen diese Weltpolitik vorschlagen soll!“¹⁹

Die Formulierung eines offensiven und koordinierten Konzepts des sozialistischen Friedenskampfes gegen die imperialistische Kriegspolitik wurde als dringliche Aufgabe verstanden. In ihrem Referat auf dem Pariser Kongreß „Der Völkerfriede, der Militarismus und die stehenden Heere“ forderte Rosa Luxemburg zum aktiven Widerstand der internationalen proletarischen Allianz und zu konkreten Aktionen gegen die kriegerische Weltpolitik des Imperialismus auf. Als erste praktische Maßnahmen sah die von ihr vorbereitete Resolution die antimilitaristische Erziehung und Organisation der Jugend, den einheitlichen Protest in den Parlamenten gegen alle Militärausgaben vor und, als besonders wichtigen und neuen Akzent, beauftragte das neugeschaffene Internationale Sozialistische Büro, bei allen entsprechenden Gelegenheiten von internationaler Tragweite in allen Ländern eine gleichzeitige und gleichförmige Protestbewegung gegen den Militarismus ins Leben zu rufen. Damit war ein neuer, positiver Ansatzpunkt gewonnen, der 1907 mit der berühmten Stuttgarter Resolution, die vor allem durch die Ergänzungsvorschläge von Lenin, Martow und Luxemburg, aber auch durch die Anregungen von Jaurès qualitativ vertieft und erweitert worden war, eine neue strategische Stoßrichtung erhielt.

Es ist unverkennbar, daß mit dem Eintritt in das neue Jahrhundert, mit dem Eintritt in das imperialistische Stadium des Kapitalismus die Probleme des Kampfes um den Frieden auf den Kongressen der II. Internationale nicht einfach nur in den Vordergrund rückten, sondern zunehmend von ihnen geprägt waren und das Selbstverständnis der internationalen Arbeiterbewegung als der größten Friedenskraft ihrer Zeit prägten. Jaurès hatte bereits bei der Eröffnung des Pariser Kongresses 1900 diesen neuen Stellenwert markiert, als er den Delegierten zurief: „Wenn je in einem Augenblick, so ist es heute wichtig, die Arbeiter zu einheitlicher Aktion zu bringen, weil gerade heute der Kapitalismus für seine Interessen an die schlechtesten chauvinistischen, bestialischen Instinkte appelliert und ... ein Volk gegen das andere zu hetzen versucht. Daher ist von all den wichtigen Fragen, die auf der Tagesordnung stehen, die wichtigste die Organisation des internationalen Friedens und der internationalen Verbrüderung.“²⁰ Er vertiefte sich noch mehr ab Mitte des ersten Jahrzehnts des neuen Jahrhunderts, als sich mit dem Russisch-Japanischen Krieg, der 1. und 2. Marokko-Krise, der Ausformung der großen Militärblöcke und dem 1. Balkankrieg die Kriegspolitik des Imperialismus zur drohenden Gefahr eines Weltkrieges verdichtete. Die Diskussionen und die Erarbeitung von Standpunkten um die sozialdemokratischen Alternativen zur imperialistischen Weltpolitik erreichten bereits in diesem Umfeld ihren Höhepunkt. Sie sind in der Literatur ausführlich behandelt und analysiert worden²¹, so daß an dieser Stelle auf eine detaillierte Betrachtung verzichtet werden kann. Auf einige allgemeine Aspekte soll dennoch verwiesen werden.

Zwei Momente sind besonders bemerkenswert, weil folgenschwer. Die II. Internationale erschien durch ihre Kongreßbeschlüsse und Antikriegsaktionen als Träger und Organisator einer sozialdemokratischen Friedens-Alternative. Sie war einig in ihrem Protestverhalten gegen den Krieg bzw. die Kriegsgefahr, was sich nicht zuletzt in ihrer Fähigkeit widerspiegelte, als Institution und in Verbindung mit den nationalen Arbeiterparteien Massenbewegungen gegen die konkreten Kriegsgefahren, z. B. anlässlich der 2. Marokko-Krise und des 1. Balkankrieges, auf die Beine zu stellen. Doch unter diesem einigenden Protestverhalten verbargen sich zunehmend unterschiedliche konzeptionelle Alternativen, die zwar einerseits, wenn auch international unterschiedlich ausgeprägt, Berührungspunkte hatten, aber zunehmend auseinanderdrifteten in Verbindung mit den in den sozialistischen Parteien vor sich gehenden Differenzierungsprozessen und Elementen der nationalen Integration, dem Vordringen nationalistisch-opportunistischer Kräfte, den vermittelnden Positionen zentristischer Vertreter und den vorwärtsdrängenden Linken. Verfolgt man die Diskussionen in der internationalen Arbeiterbewegung, nicht zuletzt in der deutschen, so wird offenkundig, daß auf die Frage, wie gelingt es den Frieden zu erhalten, die einzelnen Richtungen unterschiedliche Antworten parat hatten und verschiedene Strategien entwickelten. Die Hoffnung auf Abrüstungsüberlegungen der herrschenden Klassen, eigene Abrüstungsforderungen unter Verzicht auf die traditionellen Milizüberlegun-

gen, das Setzen auf internationale Schiedsgerichte, aber auch die Beibehaltung der demonstrativen Ablehnung der Militärbudgets stellten die dominierenden Elemente der von der Mehrheit der sozialdemokratischen Parteien und ihrer führenden Vertreter in die Waagschale der sozialistischen Antikriegskonzeption geworfenen Argumente dar. Die von den Linken konzipierten Überlegungen, die seit Stuttgart die Frage implizierten, was ist zu tun, wenn der Krieg trotz unserer Bemühungen ausbricht, und auf eine aktive Politik gegen den Krieg unter gegebenen Kriegsbedingungen mit Blick auf die Ausnutzung der politischen und ökonomischen Krise zur Beseitigung der Klassenherrschaft zielten, entwickelten nicht die Schubkraft, um sich in der praktischen Politik und strategischen Orientierungen realisieren zu können. Die von Keir Hardie und Vaillant vorgebrachten Resolutionsvorschläge zur Anwendung gezielter politischer Streiks bei Kriegsausbruch fanden keine nennenswerte Zustimmung, weil sie den Aktionsradius der Parteien einzuengen drohten.

Wenn also einerseits die Geschichte der II. Internationale untrennbar mit ihren bemerkenswerten Leistungen für eine wirkliche Massen erfassende und bewegende sozialistische Friedensbewegung verbunden ist, die stimulierend auch auf andere Friedenskräfte wirkte, so vermochte sie andererseits nicht die große Erwartenshaltung der Arbeiterbewegung wie der gesamten fortschrittlichen Öffentlichkeit zu rechtfertigen. Die aus der Antikriegskonzeption ihrer offiziellen Beschlüsse von Stuttgart bis Basel und den beeindruckenden Massenkundgebungen des Jahres 1912 erwachsene berechnete Hoffnung, daß sich die internationale Arbeiterbewegung erfolgreich der imperialistischen Kriegspolitik im Ernstfall entgegenstemmen könnte und ihre großen sozialistischen Parteien dieser gemeinsam, aufrecht und beispielgebend begegnen würden, erfüllte sich im August 1914 nicht. In dieser Situation wurde die durch das Vordringen des Opportunismus verursachte Krise vieler Parteien offenkundig und führte durch die Aufgabe der Antikriegsbeschlüsse zum Zusammenbruch der II. Internationale.

Von hier an stand der Kampf um die revolutionäre Beendigung des imperialistischen Weltkrieges für die internationalen Linken auf der Tagesordnung. Sie konnten, wie Franz Mehring im September 1914 als ihr Credo formulierte, über die Beschlüsse der internationalen Sozialistenkongresse nicht hinweg.²² Vielmehr erwiesen sie sich in den schwierigen Jahren des Ersten Weltkrieges als ihre wahren Verfechter und zugleich als die Begründer einer erneuerten und konsequenten Friedenspolitik der revolutionären Arbeiterbewegung, deren erste Zeichen Karl Liebknechts „Nein“ am 2. Dezember 1914 im Deutschen Reichstag setzte und die mit Lenins Dekret über den Frieden einen neuen Ausgangspunkt fand.

Anmerkungen

- 1 Rosa Luxemburg: Rede über den Völkerfrieden, den Militarismus und die stehenden Heere. In: Gesammelte Werke, Bd. 1: 1893 bis 1905. Erster Halbband, Berlin 1979, S. 807.
- 2 Protokoll des Internationalen Arbeiter-Congresses zu Paris. Abgehalten vom 14. bis 20. Juli 1889, Nürnberg 1890, S. 2.
- 3 Ebenda, S. 4.
- 4 Engels an Friedrich Adolph Sorge, 17. Juli 1889. In: MEW, Bd. 37, S. 250.
- 5 Siehe Boris G. Tartakovskij: Fridrich Engel's – sovetnik i učitel' meždunarodnogo proletariata 1875–1895, Moskva 1966. – Jutta Seidel: Deutsche Sozialdemokratie und Parti ouvrier 1876–1889. Politische Beziehungen und theoretische Zusammenarbeit, Berlin 1982.
- 6 Der Sozialdemokrat, 14. Oktober 1887.
- 7 Eduard Bernstein an Wilhelm Liebknecht, 21. November 1888. IISG, Liebknecht-Nachlaß D 69.
- 8 Siehe Der Sozialdemokrat, 29. Juni 1889.
- 9 Der Sozialdemokrat, 15. Juni 1889.
- 10 MEW, Bd. 37, S. 242.
- 11 Protokoll des Internationalen Arbeiter-Congresses zu Paris 1889, S. 119/120.
- 12 Karl Marx: Inauguraladresse der Internationalen Arbeiter-Assoziation. In: MEW, Bd. 16, S. 13.
- 13 Verhandlungen und Beschlüsse des Internationalen Arbeiter-Kongresses zu Brüssel (16.–22. August 1891), Berlin 1891, S. 26.
- 14 Ebenda.
- 15 Österreichische Maifestschrift 1893, S. 9.
- 16 Ebenda.
- 17 Siehe F. G. Rjabov: Delo Mil'vua, in: Naučno-informacionnyj bjulleten' 1966/13, Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU Moskau.
- 18 Vorwärts, 16. März 1895.
- 19 Rosa Luxemburg an Leo Jogiches, 20. Mai 1890. In: Gesammelte Briefe, Band 1, Berlin 1982, S. 474.
- 20 Internationaler Sozialistenkongreß zu Paris, 23.–27. September 1900, Berlin 1900, S. 3.
- 21 Annelies Laschitzka: Deutsche Sozialdemokraten im Kampf für Frieden und Abrüstung 1910/11. In: ZfG 6/1988, S. 498–514. – Hans-Josef Steinberg: Die Haltung der 2. Internationale zum Phänomen des imperialistischen Krieges. In: Der Zusammenbruch der Zweiten Internationale. Konferenzvorträge, Tampere, 23. bis 24. November 1985, Helsinki 1988, S. 79–96.
- 22 Siehe Franz Mehring an Eduard Bernstein, 21. September 1914. IISG, Bernstein-Nachlaß, D 454.

Hans-Dieter Krause

Friedrich Engels und der Kampf der internationalen Arbeiterbewegung gegen die Kriegsgefahr Mitte der 80er bis Anfang der 90er Jahre des 19. Jahrhunderts

Wenn wir in diesem Jahr des 100. Jahrestages der Gründung der II. Internationale gedenken, so ist es vor allem der Kampf der internationalen Arbeiterbewegung gegen Militarismus und Kriegsgefahr, der die Beschlüsse der Internationale und ihr Wirken bereits in ihrer Geburtsstunde 1889 wesentlich prägte – Traditionen also, die uns diesen Jahrestag heute besonders nahebringen. In dieser antimilitaristischen Haltung widerspiegeln sich die Ideen von Marx und Engels, daß die Arbeiterklasse die konsequenteste friedengebietende Kraft ist. Das Gebot gemeinsamer Aktion gegen Militarismus und Kriegspolitik der herrschenden Klassen, die zwingende Notwendigkeit eines engeren Zusammenschlusses der internationalen Arbeiterbewegung gegen die heraufziehende Gefahr eines Krieges von bis dahin nicht gekannten Dimensionen ist eines der zentralen Probleme in Friedrich Engels' Werk der 80er und 90er Jahre.

Welch hoher Stellenwert Engels dem Kampf der Arbeiterklasse gegen Militarismus und Kriegsgefahr beimaß, bezeugen seine umfangreiche Korrespondenz und eine Reihe seiner Arbeiten der 80er und 90er Jahre, die in den Bänden I/31 und I/32 der MEGA enthalten sind; diese Bände werden z. Z. in Berlin und Jena bearbeitet. Erinnerung sei an solche Engels-Schriften wie „Die politische Lage Europas“ vom November 1886, seine bekannte Einleitung zu Borkheims „Mordspatrioten“ vom Dezember 1887, sein damals unveröffentlicht gebliebenes Manuskript „Die Rolle der Gewalt in der Geschichte“, seine Schrift zur „Auswärtigen Politik des russischen Zarentums“ und schließlich die beiden bedeutenden Arbeiten der 90er Jahre „Der Sozialismus in Deutschland“ und „Kann Europa abrüsten?“ (zu letzterem sei auf den Beitrag von Frank Skorsetz im vorliegenden Heft verwiesen).

Hier soll auf einige Aspekte in Engels' Arbeiten eingegangen werden, die die Haltung der Arbeiterbewegung zur Kriegsgefahr in der zweiten Hälfte der 80er und Anfang der 90er Jahre betreffen:

Erstens hob Engels wiederholte Male – besonders in der internationalen Konfliktsituation 1886/87 zwischen Frankreich und Deutschland hervor, daß die Arbeiterklasse aus *grundsätzlichen* Erwägungen und nicht etwa aus rein taktischen Überlegungen die Kriegspläne der herrschenden Klassen – damals vor allem Deutschlands, Frank-